

Breite Ablehnung der Deponie-Erweiterung

Umweltausschuss gab Signal gegen AGR-Antrag. Stadt verfasst nun eine Stellungnahme

Nach der Gelsenkirchener SPD haben sich auch die Herner Sozialdemokraten gegen die beantragte Erweiterung der Zentraldeponie Emscherbruch positioniert. Und nicht nur sie: Es sei sehr deutlich geworden, „dass wir diese Erweiterung nicht wollen“, sagte Roberto Gentilini (SPD) am Mittwochabend im Umweltausschuss. Dieser hatte sich auf Antrag der Grünen, der Linkspartei und Piraten-Alternative Liste mit dem Thema befasst.

Wie berichtet, will die Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhr (AGR) ihre auf der Stadtgrenze zwischen Gelsenkirchen und Herne gelegene Deponie erweitern bzw. um zehn Meter erhöhen. Von der zuständigen Bezirksregierung Münster will sich die AGR zusätzliche Mengen von 5,6 Millionen Kubikmeter Müll genehmigen lassen, darunter auch 1,5 Millionen Kubikmeter gefährliche Abfälle (Deponieklasse III).

Sondersitzung mit Herner Initiative

Das Planfeststellungsverfahren zum AGR-Antrag läuft zurzeit; Einwendungen sind bis zum 19. März möglich. Eine Sprecherin der Bezirksregierung kündigte jetzt im Gelsenkirchener Umweltausschuss an, dass der Erörterungstermin zu den Einwendungen wohl für Anfang Mai terminiert werde. Voraussichtlich am 20. Februar soll in Gelsenkirchen eine Sondersitzung des dortigen Umweltausschusses und der zuständigen Bezirksvertretung stattfinden. Dazu soll neben der AGR auch die Herner Bürgerinitiative „Uns stinkt's“ (BI) eingeladen werden.

Auch der Herner Umweltausschuss wird sich in seiner nächsten Sitzung am 6. März erneut mit der Erweiterung beschäftigen. Die Stadt Herne will bis dahin ihre Stellungnahme für das Genehmigungsverfahren verfassen und den Ausschuss - wie es die Gemeindeordnung vorschreibt - darüber informieren.

Die Ende 2018 gegründete Bürgerinitiative „Uns stinkt's“ kämpft gegen die Erweiterung der Zentraldeponie. Foto: Sabine Hahnefeld

Das BI-Angebot, der Stadt „neue Erkenntnisse“ und Hinweise für die Stellungnahme zu übermitteln, nahm die Verwaltung an. Diese wolle man - falls möglich - einfließen lassen, sagte Achim Wixforth, Fachbereichsleiter Umwelt und Stadtplanung. Aber: Die Stadt sei an Recht und Gesetz gebunden. „Wir können hier keine gemeinsame Arbeits-Combo gegen den AGR-Antrag bilden“, so Wixforth zur BI. loc / aw